

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
 Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monatl. Einzelne Rtn. 30 Pf.
 Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
 Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
 stelle 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 R.,
 unter Eingangs 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
 Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuchschluß
 der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.
 Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 258

Sonnabend, 5. November

1921

Zur Kabinettskrise in Preußen.

Die Fraktionen des preussischen Landtages betreten gestern über ihre Stellung zur Kabinettsbildung. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß zurzeit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht in Frage kommen könne. Dagegen seien sie für die sogenannte alte Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, die gegebenenfalls später durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei trat gleichfalls für eine Koalition auf breiter Grundlage ein. Die Deutschnationalen Landtagsfraktionen beschloß, mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des preussischen Landtages Fühlung in der Frage der Regierungsbildung zu nehmen. Sie will zu verhindern versuchen, daß zum Leiter der preussischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen werde. Die Fraktionen der U. S. P. und der R. P. D. des preussischen Landtages veröffentlichten Erklärungen, in denen sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung aussprechen. Sowohl die Unabhängigen wie die Kommunisten stellen eine Reihe von Forderungen auf. Die R. P. D. fragt, ob die beiden sozialistischen Parteien bereit seien, unter den von ihnen angegebenen Bedingungen eine Koalition zu bilden, die sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen würde.

Der Präsident des preussischen Landtages Leinert empfing gestern nachmittags die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Dabei erklärten sich die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien für die Notwendigkeit, eine große Koalition herzustellen. Die Sozialdemokraten hielten dagegen daran fest, daß nach den jüngsten Vorparlamentarismen im Reich die große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheine. Die Verhandlungen sollen heute vormittag fortgesetzt werden.

Ministerpräsident Siegelwald hat sich gegenüber einem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau über die Gründe zum Rücktritt der preussischen Regierung ausgesprochen und dabei folgendes geäußert:

Ein Berliner Blatt schrieb dieser Tage, das Kabinett Siegelwald sei zurückgetreten, weil es seine innerpolitische Aufgabe, die Schaffung einer breiten Koalition, nicht gelöst habe. Damit ist nicht der Kern der preussischen Regierungskrise getroffen. Der Rücktritt des Kabinetts ist vielmehr letzten Endes nicht auf die Vorgänge in Preußen, sondern auf solche im Reich zurückzuführen. In Preußen war eine große Koalition schon seit vier Wochen möglich. Mit ihrer Verwirklichung wurde zurückgehalten, um durch Preußen gleichzeitig auch für das Reich eine Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse herbeizuführen. In Preußen waren die Parteien, die in die Regierungskoalition einbezogen werden sollten, einerseits die Rechten, als Anteilnehmer an der Verwaltung des größten Landes im Reich. Dagegen waren sie die Gebenden als Bewilliger von Beihilfe- und Waisenverbrauchssteuer. Und nun sind es wieder die Vorgänge im Reich, ich erinnere nur an den Brief der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an den Reichspräsidenten, welche die Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse in Preußen gefährden. In Zukunft wird Preußen bei der Gestaltung seiner parlamentarischen Verhältnisse nach eigenen Rezepten arbeiten müssen, ohne auf die Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterminierung. In Deutschland tun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst. Die Häufigkeit der Regierungswechsel in Deutschland und ganz besonders die Art und Weise, in der sie vor sich gehen, sind nicht geeignet, das parlamentarische System breiten Volksschichten begehrenswert zu machen. Vor allem ist die Obstruktion ein undemokratisches Mittel, gleichgültig ob es auf der Straße oder in den Parlamenten angewendet wird. In England kennt man solche Mittel der Demokratie in dieser Form nicht. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben bewiesen, daß der preussische Ministerpräsident nach dem ihm durch die Verfassung gegebenen Stellung wohl bei der Neubildung, nicht aber bei einer

Die neuen Beamtengehälter.

Der Entwurf eines Besoldungsgesetzes.

Der Reichsrat wird sich am nächsten Montag mit der Erhöhung des Beamtengehälter befassen, und es ist zu erwarten, daß der Entwurf eines Besoldungsgesetzes in der kommenden Woche auch im Reichstag zur Verabschiedung gelangen wird. Seit der Besoldungsreform im Frühjahr 1920, die einen Teuerungszuschlag in Höhe von 50 Proz. festsetzte, ist der Teuerungszuschlag mehrmals erhöht worden. Bei einer nochmaligen Erhöhung der Teuerungszuschläge würde diese mehr als 100 Proz. betragen. Man hat aus diesem Grunde die jetzt nötig werdende Reform auf anderer Grundlage vorgenommen, indem man die Grundgehälter entsprechend erhöhte. Es sprach dabei mit, daß die Beamten bei einer abermaligen Erhöhung der Teuerungszuschläge nur auf den kleineren Teil ihrer Dienstbezüge einen Rechtsanspruch hätten, der ihnen nicht jederzeit durch ein Haushaltsgesetz entzogen werden konnte. Hinzu kommt, daß eine Hoffnung auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit, so daß die Beamten ohne Gewährung von Teuerungszuschlägen auskommen könnten, nicht besteht.

Eine Änderung der Einteilung der Beamten in die einzelnen Gruppen und Besoldungsdiensalter ist nicht vorgenommen worden. Die Gründe, die hierfür maßgebend waren, liegen darin, daß die endgültige Verabschiedung der Reichsbesoldungsordnung noch nicht ein volles Jahr zurückliegt, daß die wirtschaftlichen Veränderungen von Einfluß nur auf die Höhe der Bezüge sind und nicht auf die Bewertung der einzelnen Beamtengruppen. Auch ist in der Zusammenfassung der Gehaltsbezüge (Grundgehalt, Erziehungszuschlag usw.) eine grundsätzliche Änderung nicht erfolgt.

In dem Verhältnis der Gehälter der höheren und niederen Beamten hat sich eine gewisse Reform als notwendig erwiesen. Es müßte ein gerechter Ausgleich zwischen den Gehältern der höheren, mittleren und niederen Beamten hergestellt werden.

Der Erziehungszuschlag wird in den höheren Erziehungsklassen etwas mehr als in den niederen erhöht werden. Jedoch ist die Spannung zwischen den Dienstbezügen in den einzelnen Erziehungsklassen nicht vergrößert worden, weil statt des gestellten Teuerungszuschlags ein gleicher Zuschlag eintritt. Die Erziehungszuschläge erfahren eine sehr wertvolle Erhöhung. Die Teuerungszuschläge werden relativ überall auf der gleichen Höhe gehalten werden, da sich eine unterschiedliche Behandlung nach einzelnen Erziehungsklassen infolge der immer mehr sich zeigenden Annäherung der Teuerungsvhältnisse in den einzelnen Orten als nicht angebracht erwies. Der Zuschlag, der in der Höhe von 20 Proz. gehalten wird, wird jedoch nicht durch das vorliegende Gesetz geregelt, sondern durch den Haushaltsetat für 1921, der den Parlamenten demnächst zugehen wird. Für die Anrechnung der Dienstwohnung soll, wie es schon in Preußen, in Bayern und anderen Einzelstaaten üblich gewesen ist, in Zukunft durchweg der Betrag nach bestimmten Hundstücken des Erziehungszuschlages bemessen werden. Wesentlich erhöht worden sind auch die Witwengehälter, die in Zukunft in ihrem Höchstbetrug 28 000 (statt bisher 9000) und in ihrem Mindestbetrug 3000 (statt 900) Mark ausmachen werden. Das Pensionsergänzungsgesetz vom Dezember 1920 wird auf die Neuregelung der Beamtenbesoldung eine entsprechende Anwendung finden.

Grundgehaltstabelle	
A. Bei den aufsteigenden Gehältern:	Gruppe IX: 21 000—22 500—24 000—25 500
Gruppe I: 7500—8000—8500—9000—9400	bis 27 000—28 500—30 000—31 000 R.
bis 9800—10 200—10 600—11 000 R.	Gruppe X: 25 000—26 500—28 000—30 400
Gruppe II: 10 000—10 400—10 800—11 200	bis 32 200—33 800—35 400—37 000 R.
bis 11 600—12 000—12 400—12 700—13 000 R.	Gruppe XI: 30 000—32 000—34 000—36 000
Gruppe III: 11 500—12 000—12 500—13 000	bis 38 000—40 000—42 000—44 000 R.
bis 13 400—13 800—14 200—14 600—15 000 R.	Gruppe XII: 38 000—41 500—45 000—48 000
Gruppe IV: 12 500—13 000—13 500—14 000	bis 51 000—54 000—57 000 R.
bis 14 400—14 800—15 200—15 600—16 000 R.	Gruppe XIII: 53 000—60 000—67 000—74 000
Gruppe V: 13 500—14 000—14 500—15 000	bis 80 000 R.
bis 15 400—15 800—16 200—16 600—17 000 R.	B. Bei den Einzelgehältern:
Gruppe VI: 14 500—15 200—15 900—16 500	1. 80 000 R.; 2. 90 000 R.; 3. 105 000 R.;
bis 17 100—17 700—18 300—18 900—19 500 R.	4. 110 000 R.; 5. 140 000 R.; 6. 180 000 R.;
Gruppe VII: 16 000—16 900—17 700—18 500	7. 200 000 R.
bis 19 300—20 100—20 900—21 700—22 500 R.	
Gruppe VIII: 18 000—19 200—20 400—21 600	
bis 22 800—24 000—25 000—26 000 R.	

Ortsklasse	Erziehungszuschlag		Jahresbetrag bei einem Grundgehalt					
	bis	über	über	über	über	über	über	
	11 500	11 500	12 700	15 200	16 900	25 500	38 000	
A	3 200	4 000	4 800	5 600	6 400	7 200	8 000	
B	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400	6 000	
C	2 000	2 500	3 000	3 500	4 000	4 500	5 000	
D	1 600	2 000	2 400	2 800	3 200	3 600	4 000	
E	1 200	1 500	1 800	2 100	2 400	2 700	3 000	
Pensionfähig	2 080	2 600	3 120	3 640	4 160	4 680	5 200	

Die Gehaltssteigerungen.	
Die Steigerung des Gehalts der einzelnen Beamtengruppen nach dem neuen Besoldungsgesetz gegenüber dem Friedenslohn nach dem Stande vom 1. August 1914 beträgt:	
Gruppe II	1381 %
III	1340 %
IV	1280 %
V	1076 %
VI	745 %
VII	708 %
VIII	691 %
Gruppe IX	656 %
X	606 %
XI	579 %
XII	638 %
XIII	570 %
B 3	495 %

Regierungsumbildung eine ausreichende Initiative entwickeln kann. Bei Regierungsumbildungen ist der preussische Ministerpräsident eingekerkert zwischen den Parteien auf der einen und dem Kabinett auf der anderen Seite. Eine größere Beweglichkeit auf der Kabinettsseite verbietet die Verfassung. Gemäß der Verfassung kann der Ministerpräsident keinen Minister zum Rücktritt anhalten. Im Reich steht über diesen Dingen noch der Reichspräsident. Zu dieser Sachlage kam noch ein persönlicher Umstand. Ich bin im April bei der endgültigen Wahl zum Ministerpräsidenten gegen die Sozialdemokraten gewählt worden und konnte darum, wenn ich weiterhin auf politische Folgerichtigkeit Wert legen wollte, nur nicht durch bloße Einbeziehung der Sozialdemokratie eine Regierung bilden, die als alte Koalition angeprochen werden konnte. Für diesen Umstand sollten auch die Kreise der deutschdemokratischen Partei Verständnis zeigen, die jetzt in Zukunft an die Presse an meinem Verhalten herumzumähen suchen.

Vor den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten werden in aller nächster Zeit zu Verhandlungen zusammentreten, um die in Genf beschlossene wirtschaftliche Vereinbarung über Oberschlesien herbeizuführen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß bei diesen wirtschaftlichen Verhandlungen für uns noch manchelei gerettet werden kann. Die Lage der deutschen Unterhändler mag zwar politisch nicht so günstig sein wie diejenige der polnischen, da die letzteren über die nicht zu unterschätzende moralische Unterstützung der Verbündeten, besonders Frankreich, verfügen. Andererseits aber haben die deutschen Unterhändler doch recht starke Trümper in der Hand, weil nicht nur in Oberschlesien selbst die polnische Wirtschaft in beträchtlichem Maße von dem deutschen guten Willen abhängig sein wird, sondern weil auch die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen im allgemeinen in erheblichem Maße mit dem Entgegenkommen Deutschlands zu rechnen haben.

Es gibt in Warschau neben der lebhafte nationalistischen Propaganda einen Kreis einflussreicher Wirtschaftspolitiker und Industrieller, die sich über diese Zusammenhänge nicht im unklaren sind. Man weiß in diesen Kreisen sehr wohl, daß das heutige Polen nie und nimmer in der Lage ist, die Produktion in dem abgetrennten Gebiete Oberschlesiens auf der bisherigen Höhe zu erhalten, geschweige denn zu einer höheren Grade fortzuentwickeln. Und nicht nur in Warschau weiß man dies, sondern auch in Paris und London. In England gibt man dies offen zu. Die englische Presse aller Parteilichrichtungen hat es deutlich ausgesprochen, daß nur durch die weitere Mitarbeit der deutschen Arbeitskräfte, der deutschen Intelligenz und des deutschen Kapitals Oberschlesien als europäischer Wirtschaftsfaktor gerettet werden kann. In Frankreich ist man aus begründeten Gründen mit seiner Meinungsbildung etwas vorsichtiger; immerhin gibt auch dort die Presse der polnischen Regierung den weisen Rat, möglichst darauf bedacht zu sein, daß die bisherigen Wirtschaftsmethoden in Oberschlesien durch die Neuordnung der Dinge keine allzu schwere Erschütterung erfahren möchten.

Die nationalistischen Gruppen in Polen fühlen selbstverständlich nicht minder das Unbehagliche der Situation. Sie haben bisher der Welt einzureden versucht, daß Polen durchaus in der Lage sei, mit Deutschland in bezug auf Leistungsfähigkeit in Wettbewerb zu treten, sobald die nötigen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Nunmehr sollen sie ihre Worte in die Tat umsetzen, und da merken sie bereits in den ersten Anfängen, daß sich Polen eine Aufgabe gestellt hat, die weit über seine Kräfte geht. Trotz der Sorge, daß man auf die tatkräftige Unterstützung der beteiligten deutschen Kreise nicht verzichten können werde, wünscht man doch andererseits Deutschland nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Man sucht daher bei den kommenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen den polnischen Delegierten soweit wie möglich den Rücken zu stärken. Von vornherein wird die deutsche Diplomatie verdächtigt, daß sie alle Vorteile zu ihrem eigenen Gunsten auszunutzen werde, soweit dies im Rahmen der Genfer „Empfehlungen“ gestattet ist. Vom deutschen Standpunkt aus ist dies ja selbstverständlich. Sehr bezeichnend ist aber die Auffassung, die wir in dem bekannten polnischen Blatte „Goniec Krakowski“ zu dieser Angelegenheit finden. Das Blatt schreibt: „Die internationale Lage ist für die deutsche Diplomatie nicht ungünstig. Der deutschen Agitation ist es gelungen, Europa einzureden, daß die gute deutsche Verwaltung Oberschlesiens eine größere Entwicklung sichern könne, als die polnische unfähige Verwaltung. Diese Meinung ist auch stark in England vertreten, was auch klar aus der letzten Rede Balfours hervorgeht. Die polnischen Delegierten werden daher alle ihre Kräfte anstrengen müssen, um zu bewirken, daß die Einengung Polens in Oberschlesien möglichst gering ist, und daß es den Deutschen nicht gelingt, große Lücken in unsere wirtschaftliche Souveränität zu reißen und möglichst wenig unsere wirtschaftliche Stellung in Oberschlesien zu schwächen.“ Mit anderen Worten, den polnischen Nationalisten